

**Antwort der SPD-Fraktion in der Bürgerschaft auf die Anträge 00, 11, 16, 17, 21, 22 per E-Mail am  
10.11.2025**

Sehr geehrte Damen,

sehr geehrte Frau Bartelt,

wir danken Ihnen für Ihre vielen Anregungen, die wir in die parlamentarische Arbeit unserer Fraktion einspeisen und nach Möglichkeit umsetzen wollen. Dabei gilt es allerdings immer auch den begrenzten finanziellen Handlungsspielräumen des Landes Bremen und seiner beiden Stadtgemeinden Rechnung zu tragen, die sich seit Beschluss des Koalitionsvertrages durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch weiter verengt haben.

Die Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bleibt ein wesentlicher Bestandteil der gleichstellungspolitischen Schwerpunktsetzung der SPD-Fraktion. Wir freuen uns daher, dass die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration eine neue Arbeitsmarktstrategie vorgestellt hat, die benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt besonders berücksichtigt. Wir werden deren Umsetzung aufmerksam begleiten.

Die SPD-Fraktion begrüßt und unterstützt die Anliegen der „Bremer Genderoffensive Hochschulen“. In unserer parlamentarischen Arbeit werden wir uns weiterhin für die wichtigen gleichstellungspolitischen Impulse für die Hochschulen, insbesondere geschlechtergerechte Berufungsverfahren einsetzen. Dazu gehört es auch, in den Haushalten diese Belange zu prüfen und zu verteidigen. Auch werden wir prüfen, in welchem Umfang sich eine intensivere Beratung und Förderung akademisch qualifizierter Frauen im Land Bremen umsetzen ließe.

Schwangerschaftsabbrüche für ungewollt Schwangere zu ermöglichen und ausreichend medizinische Betreuung und Beratung sicherzustellen, sind zentrale Anliegen der Frauen- und gesundheitspolitischen Akteure in der SPD. Dabei wirken wir aktuell vor allem auf die Bekanntmachung der Zugänge zu Notfallkontrazeptiva, um ungewollte Schwangerschaften gar nicht erst entstehen zu lassen, sowie auf den Abbau bürokratischer Hürden bei der Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen. Aufwändige Nachweiserbringungen für Kostenübernahmen von Schwangerschaftsabbrüchen sind für viele Frauen mit geringem Einkommen in der ohnehin schwierigen Konfliktsituation eine zusätzliche Belastung und können das kritische Zeitfenster für den Abbruch unnötig bedrängen. Hier setzen wir uns für Verbesserungen für die betroffenen Frauen ein. Die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch bleibt ein zentrales Anliegen der Fraktionen in Bremen sowie im Bund.

Die SPD-Fraktion schätzt die wertvolle Arbeit des Bremer Frauenmuseum und prüft, wie diese auch künftig weiter unterstützt werden kann.

Im Hinblick auf den Antrag, eine Straße nach Nika Shakarami zu benennen, empfiehlt die SPD-Fraktion, sich mit diesem Vorschlag direkt an die Beiräte zu wenden, da in Bremen das verbindliche Vorschlagsrecht für Straßennamen bei den Beiräten der zuständigen Ortsämter liegt. Da Frauennamen im öffentlichen Raum nach wie vor stark unterrepräsentiert sind, setzen wir uns als SPD-Fraktion dafür ein, priorisierend Straßen, Wege und Plätze nach Frauen zu benennen mit dem Ziel, das Verhältnis Frauennamen zu Männernamen anzugleichen.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Zacharias